V-36 Glaubhaft für den Frieden - Nur Abrüstung bringt langfristig Sicherheit

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt:	V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Wir sind und bleiben die Partei des Friedens. Unser Ziel ist eine Welt, in der Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden - durch Recht, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit.

Doch Frieden ist kein Zustand, den man nur wünschen kann, er muss abgesichert werden. Russlands imperialer Angriffskrieg, hybride Angriffe auf unsere Demokratien, völkerrechtswidrige Kriege sowie die schwindende Verlässlichkeit der USA zwingen Europa, mehr Verantwortung für seine Sicherheit zu übernehmen.

Aber gerade daher gilt:- Abrüstung bleibt das wichtigste Ziel. Die vielfach propagierte Aufrüstung verhindert erfahrungsgemäß nicht, dass keine Angriffe von außen erfolgen könnten. Auch darauf müssen wir vorbereitet sein, Schutzmechanismen installieren und mit angemessenen Mitteln, vor allem unterhalb der Waffenebene, dagegen halten. Die dafür nötige militärische Macht – auf einem niedrigen Niveau, das definitiv jede Angriffsgefahr für Nicht-Nato-Partner erkennbar ausschließt, darf nur europäisch und transatlantisch eingebettet, völkerrechtlich gebunden und gemeinsam mit Partnern eingesetzt werden.

Unser Sicherheitsverständnis: Frieden als Auftrag

Sicherheit ist mehr als militärische Stärke. Sie umfasst soziale Stabilität, Klimasicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und die Widerstandskraft unserer Demokratie.

Zivile Krisenprävention, Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Rüstungskontrolle haben Vorrang vor militärischen Mitteln - nicht als Floskel, sondern als Prüfmaßstab jeder Entscheidung.

Militärische Gewalt ist ultima ratio, gebunden an Völkerrecht, Grundgesetz und Parlamentsvorbehalt. Aus der Friedensbewegung kommend wissen wir: Wer Gewaltlosigkeit zum Ziel hat, muss drohende Gewalt schon in Ansätzen erkennen, aufzeigen und notfalls abwehren. Verteidigungsfähigkeit und Friedenspolitik sind für uns kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Verantwortung.

Und wir wissen: Wer abschrecken will, muss willens sein, im Ernstfall den letzten Schritt – bis zur völligen Vernichtung – zu gehen. Das führt die Politik der Abschreckung ad absurdum, sie ist keine Lösung! Sie ist im Worst Case das Ende von allem.

Abrüstung: europäisch, bedrohungsgerecht, nicht maßlos

Der Maßstab unserer Abrüstung ist die reale Bedrohungslage. Mehr Geld ersetzt keine Strategie. Wir wollen eine einsatzbereite Bundeswehr, die im Notfall mit den europäischen Partnern als verlässlichen Beitrag zur europäischen Landes- und Bündnisverteidigung dient. Die rechten Spinnereien der „stärkste nationale Armee Europas“ ist für uns kein Weg. Sie kann nach der deutschen Geschichte kein Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheit sein.

Gemeinsame Beschaffung und eine schnellstmögliche greifende Abrüstung müssen die Kosten für die Verteidigung schnell und dauerhaft senken. Die aktuell geplanten Finanzmittel erhöhen die Schulden ins Unermessliche, ruinieren auf Jahrzehnte die Haushalte und somit die Sozialkassen. Sie gehen zu Lasten der ärmsten Menschen und legen Sprengsätze so an den sozialen Zusammenhang und unsere Demokratie.

Zivilschutz, Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit sind gleichrangiger Teil der Verteidigungsfähigkeit und müssen grenzüberschreitend organisiert werden.

Die europäische Rüstungsindustrie muss dem Volk dienen, nicht „am Volk verdienen“.

Das Wachsen der Rüstungsindustrie an Umsatz, an Beschäftigten, an politischem Gewicht ist unverantwortlich und muss schnellstmöglich beendet werden. Das Primat der Politik ist nicht verhandelbar. Eine Demokratie, in der wirtschaftliche Rüstungsinteressen sicherheitspolitische Entscheidungen prägen, hat ihre Friedensfähigkeit bereits verloren. Übrig bleiben muss eine leistungsfähige europäische industrielle Basis, kontrolliert und dem Gemeinwohl verpflichtet, in Umfang, Kapazität und Fähigkeiten gebunden an die europäischen Bemühungen zur Erlangung und Aufrechterhaltung der Landes- und Bündnisverteidigung. Dazu müssen die Lobby- und Transparenzregeln verschärft und die Korruption konsequent bekämpft werden. Die explodierenden Aktiengewinne durch Tod und Leid sind nicht hinnehmbar.Rüstungsexporte sind nur in demokratischen Länder, die sich dem Völkerrecht verpflichtet sehen, zu verantwortbar. So sollen Rüstungs- und Dual-Use-Güter nur noch an Nato-Partner, und das mit der zwangsauferlegte Kontrolle der Nicht-Weitergabe an Dritte ausgeführt werden. Mit europäischen (auch staatlichen) Partnerfirma, die sich dem nicht unterwerfen, ist eine weitere Zusammenarbeit ausgeschlossen.

Abrüstung, Rüstungskontrolle und die nukleare Frage

Abrüstung bleibt unser Ziel. Daher starten wir mit einer europäischen Initiativen für Rüstungskontrolle, Risikoreduktion und Transparenz . Wir arbeiten an der Wiederbelebung konventioneller Rüstungskontrolle in Europa, an Transparenz- und Vertrauensbildungsmaßnahmen und an neuen Regimen für Drohnen, Hyperschallwaffen, Waffen im Weltraum und militärische KI.

Leider müssen wir ehrlich feststellen: Nuklearwaffen existieren und Russland und die USA drohen mit ihrem Einsatz. Dennoch fordern wir als ersten Schritt, die völkerrechtswidrige Rolle Deutschlands mit dem sog. „Nuklearen Teilhabe“ umgehend zu beenden. Abschreckung würde nur funktionieren, wenn der Angegriffen willens wäre, sich selbst zu vernichten. Auch aufgrund der schwindenden Verlässlichkeit der USA, vor allem, aber nicht nur aufgrund seines aktuellen Präsidenten, ist die Teilverfügung Deutschlands über Nuklearwaffen der USA nicht länger akzeptabel. Eine gemeinsame europäische Debatte - mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den östlichen Partnern und innerhalb der NATO - darüber, wie britische und französische Abschreckung stärker zur Sicherheit ganz Europas beitragen kann, lehnen wir ebenfalls ab. Hier gilt ebenfalls das gerade bzgl. „glaubhafter Abschreckung“ gesagt. Zudem ist der überwiegende Teil der Fachleute der Meinung, dass aufgrund verschiedener Fakten weder Großbritannien noch Frankreich die USA-Abschreckung nicht ersetzen kann.

Die historische Rolle Deutschlands legt uns auch daher die Pflicht auf, in der Abrüstungsfrage, vor allem bei Atomwaffen umgehend tätig zu werden. Das Ende der Nuklearen Teilhabe wäre ein glaubhafter erster Schritt, der Beachtung fände.

Wir halten selbstverständlich am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest, fordern die Ratifizierung und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW). Glaubwürdige Abrüstungspolitik funktioniert nur ohne Abschreckung mit verifizierbaren, wechselseitigen Schritten .

Auf dem nötigen Weg zur Europäische Verteidigungsunion

Auf die USA ist kein Verlass mehr, ob sich das nach Trump wieder ändert ist sehr fraglich.. Europa muss daher fähig werden, sich im Ernstfall selbst zu verteidigen - als handlungsfähiger europäischer Pfeiler in der NATO, nicht gegen sie. Partner müssen bei Fähigkeiten, Stationierung und Einsatz verbindlich mitentscheiden. Kanada ist dabei auf der europäischen Ebene stänker einzubinden.

Neue Probleme fordern neue Lösungen unter demokratische Kontrolle

Krieg findet zunehmend im Cyberraum, im Weltraum und über autonome Systeme statt. Dafür brauchen wir gemeinsame europäische Regeln, technologische Souveränität und demokratische Kontrolle:

Keine Maschine und keine KI entscheidet über Leben und Tod: Zielauswahl und tödliche Gewalt müssen unter wirksamer menschlicher Kontrolle bleiben; Deutschland setzt sich mit seinen europäischen Partnern für ein verbindliches Verbot nicht hinreichend kontrollierbarer autonomer Waffensysteme ein.

Einfache Sprache

Hauptziel des Antrages ist die dringend nötige Deeskalation und Abrüstung. Im Einzelnen:

- Dauerhafter Frieden entsteht durch Diplomatie, soziale Sicherheit und Klimaschutz, nicht durch immer mehr Waffen.
- Die Abschreckung mit Atomwaffen droht mit der totalen Vernichtung. Deutschland soll die Zusammenarbeit bei US-Atomwaffen sofort beenden.
- Europa muss eigenständig werden, da auf die USA kein Verlass mehr ist. Durch gemeinsame Planung sollen die Militärkosten sinken, auch um die Sozialkassen zu schonen.
- Die Rüstungsindustrie muss dem Gemeinwohl dienen, nicht die Politik der Rüstungsindustrie. Waffenexporte sollen nur noch an demokratische NATO-Partner erlaubt sein.
- Künstliche Intelligenz und Maschinen dürfen niemals eigenständig über Leben und Tod entscheiden.

Begründung

folgt

weitere Antragsteller*innen

Tabitha Elkins (LV Bayern); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Philipp Schmagold (KV Plön); Martin Pilgram (KV Starnberg); Christopher Stark (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Eberhard Müller (KV Ortenau); Klemens Griesehop (KV Berlin-Reinickendorf); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Anja Kiemle (KV Starnberg); Nikolaus Fischer-Romer (KV Esslingen); Manuela Nader (KV München); Sibylle Brosius (KV Rhein-Pfalz); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Yvonne Lösch (KV Bochum); Birgit Fligge (KV Bochum); sowie 82 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.